

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 39

Februar 1921

Wildbad, Donnerstag, den 17. Februar 1921

Februar 1921

55. Jahrgang

Tagespiegel.

Der 6. März 1921 soll gesetzlich zum allgemeinen Feiertag in Deutschland erklärt werden.

Im würt. Landtag Kampf um die Bewirtschaftung von Milch, Butter und Käse im allgemeinen, um die Landesmilchzentrale im besonderen.

Gegen Abg. Kopp (W.B.) ist im würt. Landtag ein Strafverfolgungsantrag wegen Betrugs eingelaufen. Er hat sein Amt als Stadtschultheiß von Neingartach niedergelegt. Die Fraktion verlangt, daß dem Antrag Folge gegeben wird.

Die Stuttgarter Fleischpreise sind ermäßigt worden.

Der Schlichtungsausschuß hat einen Schiedsspruch über die neuen Lohnforderungen der Stuttgarter und Ehlinger Straßenbahner gefällt, die ihn annehmen, der aber von der Direktion abgelehnt wurde.

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet beginnt am 17. Februar der Streik auf 34 Straßenbahnen.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons hat heute im badischen Landtag vorgesprochen. Behalten wir Oberschleien? Wie stellt sich Amerika zu uns? Die Antwort auf diese beiden Fragen enthalte zwei wichtige Faktoren unserer Zukunft. In London bleiben wir fest.

Das deutsche Programm für die Wiederherstellung der Arbeit wird erst Ende Februar fertig. Die Deutschrüst über den Wiederaufbau in Nordfrankreich ist erschienen.

Poincaré ist zum Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im französischen Senat gewählt worden; Deutschlands schärfster Gegner.

Im englischen Unterhaus wurde Lloyd George von Asquith über die Londoner Konferenz befragt. Er antwortete ausweichend, die deutschen Gegenanschläge seien noch nicht bekannt.

Sklavenvirtschaft.

Es ist nun wohl auch den harmlosesten Gemütern klar geworden, daß die Entente den rüstigen Wilden hat, und Deutsche zu versklaven. Es ist nur die Frage: ist die Versklavung möglich? Das ist, wie die „Leiz. N. Nachr.“ ausführen, die Kernfrage, denn aller Pazifismus und internationaler Sozialismus werden uns davor nicht schützen können. Daß die Versklavung dem Befehl der Kulturmenschen widerstehe, bedeutet für uns gar nichts. Englische Geschäftstüchtigkeit würde sie schon in ein Mäntelchen zu ihr wissen, daß die andere Kulturmenschen sich mit ihr abfinden würde. Wenn die Versklavung möglich wäre, wenn sie für England nützlich wäre — England würde sie möglich machen. Davon dürfen wir überzeugt sein. Und Lloyd George würde in schwungvollen Reden und unter rasendem Beifall auf beiden Seiten des Kanals nachweisen, daß Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Christentum die Versklavung des deutschen Volks erforderten.

Und Sklavenvirtschaft war doch einmal möglich! Das ganze Altertum hat jahrhundertlang, jahrtausendlang, mit Sklaven gewirtschaftet, und die Volkswirtschaft des römischen Reichs der Mittelmeerländer wäre ohne Sklaven nicht denkbar. Nachdem in der Cannae-Schlacht der punische Bürger die Blüte der lateinischen Bauernschaft niedergemäht hatte, war, mit Hilfe des Sklaven, eine solche Umbildung der römisch-italischen Wirtschaft erst möglich, wie sie doch wohl werden mußte, um ein städtisches Herrenvolk zur Beherrschung der ganzen Mittelmeerwelt zu befähigen. Die Geschichtsschreiber verfehlen nicht, anzumerken, durch diese Latifundienwirtschaft sei dem Römerreich zugleich der Keim des Verfalls eingepflanzt worden. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß das Römerreich, mit dem Verfallkeim im Leibe, die Cannae-Schlacht noch um mehr als ein halbes Jahrtausend überlebte hat. Allerdings war das nur möglich, die besonderen Lebensbedingungen des Altertums, die nicht mehr unsere Lebensbedingungen sind. Wesentlich ist hier, daß das Altertum, außer der Kraft von Mensch und Tier, vom wehenden Wind und vom fließenden Wasser, Arbeitskräfte kaum kannte. Und menschlich war ihm die in der Kohle aufgespeicherte Kraft der Sonnenwärme unbekannt. Das Altertum hatte daher einen

schler unbegrenzten Bedarf nach menschlicher Arbeitskraft. Der Sklave war nicht nur der „Proletariat“ der römischen Volkswirtschaft, er war vor allen Dingen die Maschine der römischen Volkswirtschaft. Weil er das war, deshalb konnte er nicht ständisch — geschweige denn völkisch! — organisiert sein; er mußte reine Ware bleiben, die man kaufen und dahin schaffen konnte, wo man ihrer bedurfte. Erst als der römische Sklave aufgehört hatte, reine Ware zu sein, erst als er sich in den Organismus der Volkswirtschaft so eingelebt hatte, daß er nicht mehr beliebig erbeutet werden konnte, erst als in dem, was am Sklaven Ware geblieben war, Anaptheit eintrat, erst da begann der Verfall des alten Wirtschaftssystems sichtbar zu werden. Da ward aber auch das Christentum eine Macht, das auch im Sklaven den Mensch wiederentdeckte und damit neue Formen der Volkswirtschaft anbahnte.

Zwischen der auf Sklavenarbeit gegründeten Volkswirtschaft des Römerreichs und der Volkswirtschaft von heute, die die Maschinenarbeit zur Voraussetzung hat, ist das Mittelalter nur ein Uebergang. Ein Uebergang, der bis gegen 1800 reicht. Diesen Uebergang aus der Weltgeschichte auszuführen, hat der Versailleser Vertrag sich zum Ziel gesetzt. Er möchte die Entwicklung hinter das Eingreifen des Christentums in die Wirtschaftsordnung zurückschrauben und die neue, die „Friedens“-Wirtschaft wieder auf Sklavenarbeit aufbauen. Ganz folgerichtig ist er dabei allerdings nicht verfahren, insofern, als er sich nicht hat entschließen können, die Maschinenarbeit, die Ausnutzung der in der Kohle schlummernden Sonnenkraft, abzuschaffen. An dieser Halbheit, so ist zu befürchten, wird das ruhmvolle „Kulturwerk“ der Clemenceau, Wilson und Lloyd George noch zerbrechen!

Die Erleuchteten von Versailles einigten sich auf ein Kompromiß. Sie beschloßen, die Grundlagen der veränderten Wirtschaft unangestastet zu lassen und der Deutschen, als Volk, zunächst einmal zugunsten des bevorrechtigten französischen „Herrenvolks“ zu versklaven; allerlei nützliche Nebenarbeiten könnten sie nebstbei ja auch für bedürftige Verwandte und Bekannte dieses Herrenvolks, wie Belgier, Polen, Tschechen, verrichten. In Ausführung dieses Versuches haben unter anderem die Millionen deutscher Bergarbeiter übersehen zu sein bis an die Grenze der Menschlichkeit. Der Erfolg übertraf bald alle Erwartungen! Das französische „Herrenvolk“ weicht sich vor Kohlen nicht zu lassen. Das „der Woche“ zahlt alles! läßt sich verheißungsvoll an. Die „Baterlandsvertheidigung“ sängt doch an, sich bezahlt zu machen! Der französische Rentner darf hoffen, am deutschen Sklaventribut eine dauernde Rechtsergütung für seine altüberlebte Streuerchen zu haben! Ein System verächtlicher Versklavung der Deutschen, immer in erster Linie zugunsten des französischen Rentnerstaats, wurde gleich auf 42 Jahre festgelegt. Der ehemalige Proletariat Lloyd George war schließlich ganz Feuer und Flamme: Machen wir! Machen wir! Der Deutsche muß zahlen! Seine Kinder müssen zahlen! Seine Kinder müssen erst recht, die sind's dann schon gewöhnt! Hundert Milliarden! Tausend Milliarden! Tausend Milliarden! Deutschland hat's ja dazu. Und da kommt aus England eine Nachricht, die zur Neuordnung der „Friedens“-Wirtschaft nicht recht stimmen will. In England feiern 300 000 Vergleute, die Zahl der Arbeitslosen ist auf 2 Millionen gestiegen. Lloyd George wird, auf Befehl der Northcliffe-Presse, wieder schwören, es werde den Deutschen nicht gelingen, Uneinigkeit zwischen die Verbündeten zu säen. Aber wenig wir's recht bedenken, so haben wir Deutschen uns das Abkommen von Spa nicht selbst diktiert, sondern Minister Lloyd George war nicht ganz unbeteiligt daran. Und es sieht doch fast so aus, als sei es das Abkommen von Spa, das Uneinigkeit zwischen die treuen Verbündeten säen könnte! Wenn Sklavenarbeit der Deutschen zwar die Wirkung hat, die Franzosen (d. h. die Trüben der Großfinanz) mit Strömen von Geld zu überschwemmen, in England aber Arbeitslosigkeit zu erzeugen — dann scheint die Wiedereinführung der Sklavenarbeit doch nicht das Mittel zu sein, wofür es die Weisen von Versailles, Spa und Paris ausgeben wollten. Und dann wird den Hochmütigen der Entente nichts übrig bleiben, als entweder folgerichtig den Weltverkehr und die Maschinenwirtschaft abzuschaffen und dafür die Millionen Mitteleuropas auf den Sklavenmarkt zu bringen — oder aber endlich „Verzweiflung anzunehmen“.

Dr. Simons in Karlsruhe.

Karlsruhe, 16. Febr. Der Reichsminister Dr. Simons traf gestern vormittag aus Stuttgart hier ein und machte dem Staatspräsidenten einen Besuch. Im Anschluß daran fand eine Sitzung des Staatsministeriums in Anwesenheit sämtlicher Mitglieder der Regierung statt. Um 6 Uhr hatte sich der Landtag in den Räumen des Staatsministeriums versammelt. Hier begrüßte der Staatspräsident den Reichsminister. Er führte aus, Baden erkenne die außerordentliche Schwierigkeit der Verhältnisse und den ganz besonderen Ernst der Lage. Die badische Staatsregierung stehe zur Reichsregierung in ihrer programmatischen Stellung, den Friedensvertrag loyal durchzuführen, soweit dies in den Grenzen des wirklich Möglichen liege. Baden stehe unentwegt trenn zum Reich. Es erwarte und wolle keineswegs Sonderbehandlung und Sonderrechte. Baden vertritt dem Minister für seine unfählich schwere und verantwortungsvolle Aufgabe volles Vertrauen. Landtagspräsident Dr. Kopp versicherte erneut, daß sich sämtliche Parteien hinter die im Reichstag abgegebene Erklärung des Reichsministers stellen.

Reichsminister Dr. Simons dankte für die warme Begrüßung und hob die Notwendigkeit für den Reichsminister des Auswärtigen hervor, seine Politik stets im Einklang mit den Empfindungen des gesamten deutschen Volks zu führen. Er habe die Spanne Zeit, während der die Sachverständigen in Berlin die deutschen Gegenanschläge im Einzelnen ausarbeiten, gerne benutzt, um mit den deutschen Stämmen, besonders auch mit dem Süden des Reichs, in Verbindung zu treten. Er halte an dem in seiner Reichstagsrede entwickelten Standpunkt fest. Der große Aufschwung, den Deutschland in den letzten Jahrzehnten vor dem Krieg genommen habe, sei vielleicht nicht so wertvoll, wie der durch die industrielle Blüte bedingte Aufstieg in der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung. Man müsse uns die Hoffnung lassen, uns wieder emporarbeiten zu können. Kein deutscher Staatsmann könne es wagen, dem deutschen Volk 42 Jahre Frondienste unter den von der Entente gestellten Bedingungen zuzumuten. Man müsse es deshalb ablehnen, einen derartigen Vertrag zu unterzeichnen. Die Lage Deutschlands müsse sich in den nächsten Wochen klären. Bei dieser Klärung spielen zwei Faktoren eine wichtige Rolle: einmal, ob Deutschland das in wirtschaftlicher Hinsicht ungeheuer wichtige ober-schleisische Gebiet behalte, und ferner, wie sich die Beziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten gestalten werden. Im übrigen beschränke sich die Ausgestaltung der gegenwärtigen Voranschläge noch bedeutende Unklarheiten. Er innerte daran, daß hinsichtlich der praktischen Durchführung der 12-prozentigen Ausfuhrabgabe auf der anderen Seite nicht weniger als vier Auffassungen und entgegengetreten wären, deren Verwirklichung sich bei näherer Prüfung als mehr oder weniger unmöglich erweise.

In der sich anschließenden Aussprache stellten einige Mitglieder des Landtags Anfragen über die künftige Haltung Amerikas, die polnische Frage und die etwaige Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Rußland. Der Reichsminister nahm zu den sämtlichen Fragen eingehend Stellung. Der Staatspräsident gab darauf der Befriedigung der Versammlung über die Darlegungen des Reichsministers Ausdruck. Während 8 Uhr waren der Reichsminister und die Führer der Landtagsfraktionen Gäste des Staatspräsidenten.

Neues vom Tage.

Der Wiederaufbau in Frankreich.

Berlin, 16. Febr. Wie das „Berl. Tageblatt“ meldet, hat das Reichsministerium für Wiederaufbau eine Denkschrift über den Stand der Wiederaufbauarbeiten in Nordfrankreich zu Beginn des Jahres fertiggestellt. Danach sind von Eisenbahnen mehr als 90 Prozent wieder hergestellt, von Lok- und Straßenbahnen etwa 60 Prozent, von Brücken ungefähr ebensoviel, von Landstraßen 20 bis 30 Prozent und von zerstörten Kanälen die Hälfte. Von dem zerstörten Grund und Boden sind

50 Prozent eingebnet und für die Landwirtschaft 50 Prozent der Zerschlagungsfläche wieder nutzbar gemacht. Von Bergwerken sind 16 Prozent wieder hergestellt, von Fabriken 30 bis 40 Prozent und von zerstörten Häusern rund 2 1/2 Prozent. Es wird bemerkt, daß bisher deutsche Arbeiter in den zerstörten Gebieten nicht tätig gewesen sind und daß es abgelehnt wurde, deutsche Firmen unmittelbar auf Aufbau teilnehmen zu lassen. Eine Reihe von Angeboten zur Wiederherstellung zerstörter Schachtanlagen wurde ohne Begründung abgelehnt. Die einzige Beteiligung Deutschlands habe bisher in der mittelbaren Lieferung einzelner Maschinen und Baumaterialien, sowie den Entschädigungszahlungen bestanden.

Durchsuchung deutscher Schiffe.

Berlin, 16. Febr. Die Reichsregierung hat Verlangen gestellt, daß deutsche Schiffe, die von Stettin nach dem Osten fahren, vorher darauf untersucht werden, ob ihre Ladung Waffen enthalte. Ein Stettiner Schiff konnte auslaufen, da, wie gemeldet wurde, auf die Durchsuchung verzichtet worden sei. (Nach anderer Meldung hat die Durchsuchung tatsächlich stattgefunden; sie soll aber keine Waffen zutage gefördert haben.) Die „Kreuzzeitung“ erfährt aus Stettin, die Ueberwachungskommissionen legen die Schiffsdurchsuchungen fort. Auch in Hamburg habe der Vertreter der englischen Kommission gedroht, jeder deutsche Dampfer, der ohne Genehmigung der Ueberwachungskommission auslaufe, werde vom ersten besten englischen Kreuzer auf See aufgebracht werden. Auch neutrale Schiffe sollen in deutschen Häfen durchsucht werden. — Die „Kreuzzeitung“ schreibt dazu, es werde immer klarer, daß der Verband auch den deutschen Seehandel niederdrücken wolle.

Bauer für den Kapitalismus.

Wien, 16. Febr. Der frühere sozialdemokratische Staatssekretär Otto Bauer hielt in einer Versammlung der Betriebsräte der metallverarbeitenden Gewerbe eine Rede, die großes Aufsehen macht. Bauer erklärte, es sei unmöglich, ohne den Kapitalismus auszukommen. Er könne den Arbeitern nur raten, lieber in den kapitalistischen Betrieben Verdienst und Brot zu suchen, als ohne den Kapitalismus vor den Fabriken zu verrecken. Das ausländische Kapital wolle sich in Oesterreich nicht mehr betätigen, weil es von den Sozialisten bekämpft werde, aber ohne die Hilfe dieses Kapitals könne Oesterreich nicht mehr auf die Beine kommen.

Die Regierung plant einen Vitzgang nach London, um die Verhandlungen über die Hilfestellung des Verbands für Oesterreich wieder aufzunehmen oder zu beschleunigen. Wie verlautet, sollen Kanzler Wray, Finanzminister Grimm und Ernährungsminister Grünberg nach London reisen.

Marke Poincare.

Paris, 16. Febr. Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat Poincare mit 19 gegen 13 Stimmen zum Vorsitzenden gewählt. Die Wahl des Finanziers Poincare auf den für die französische Politik so wichtigen Posten ist ein bedeutendes Zeichen der in den leitenden politischen Kreisen herrschenden Richtung.)

Keine amerikanischen Vorschläge mehr.

Paris, 16. Febr. Nach einer Havasmeldung aus Washington hat der Justizauschuß des Senats den Schatzsekretär angewiesen, ausländischen Regierungen keine Vorschläge mehr zu leisten, selbst für den Fall, daß er sich dazu verpflichtet habe.

Die englische Thronrede.

London, 16. Febr. Der König und die Königin haben gestern die Parlamentssitzung eröffnet. In der verkürzten Thronrede heißt es: Die Beziehungen zu den ausländischen Mächten haben andauernd einen „freundschaftlichen Charakter“. Die Londoner Konferenz soll neue Fortschritte in der Ausführung des Friedensvertrags und in der Wiederherstellung der „Eintracht“ in Europa und im nahen Orient bringen. Man erhofft einen befriedigenden Abschluß der wieder aufzunehmenden Verhandlungen über die Handelsbeziehungen zu Rußland. Sodann werden Gesetzesvorlagen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Umgestaltung des Oberhauses angekündigt.

Unter Sonnenguten.

Ein jüdischer Roman zu Wasser und zu Lande.
Von Erich Friesen.

(Nachdruck verboten.)
Oben — Das lebhafteste Durcheinander. Niemand ist man schwagt, lacht, kokettiert, während der Dampf majestätisch dahinzieht durch die ruhigen Aulen.
Unten in ihrer kleinen Kabine, auf dem schmalen Loufanmetzen Sofa, sitzen, sich innig umschlungen holdend, Gerda Alving und Hilde von Gersdorf.
In ihren weltenerfahrenen Köpfen taumelt ein Bonnerausfroh Erwartung.
Was alles werden ihnen die nächsten Wochen bringen? Klar: Meeresfernen, Sonnenleuchtende Gestade, Tropischen Blumenflor, Geheimnisvolle Särensenster, Goldfunkelnde Moscheen, Brunkvöle orientalische Bazars, Orangenhaine, Palmwälder, Kamele und Beduinen.
Ein glitzerndes Durcheinander ohne greifbare Form. Ein Märchenraum aus „Tausend und eine Nacht“! Gerdas Augen leuchten, ihre Wangen glühen.
Seine Ahnung dämmert in ihr aus von demurchbaren Drama, das sich auf diesem prunkvollen Berührungsdampfer abspielen soll.
Rosenrote Öffnungswölchen verhüllen noch die primäre Frage des unerbittlichen Schicksals.
Leuchtendes Frührot blinkt bereits herein durch das kleine Kabinensfenster, als Gerda nach tiefem, erquickendem Schlaf die Augen aufschlägt.
Schon sechs Uhr?
Wie elektrifiziert springt sie empor.
Ein Blick auf das ruhig atmende Gesicht der Freundin, die noch fest schläft — rasch macht sie Toilette.

Vertrauensabstimmung für Giolitti.

Rom, 16. Febr. (Stefani.) Giolitti forderte in der Kammer die Ablehnung einer von den Sozialisten eingebrachten Tagesordnung. Nachdem er die Vertrauensfrage gestellt hatte, wurde die sozialistische Tagesordnung mit 207 gegen 66 Stimmen abgelehnt.

Abgefangene Goldschlebung.

Rom, 16. Febr. Wie aus Neapel gemeldet wird, hat die Polizei an Bord des aus Rußland angekommenen Dampfers „Ancona“ 160 000 Goldrubel beschlagnahmt, die in einer Kabine versteckt waren.

Amerikanische Auslands-Vorschuß-Gesellschaft.

Paris, 16. Febr. Nach dem „Matin“ ist in Chicago in Anwesenheit der 500 bedeutendsten Bankiers die „Foreign Trade Financing Corporation“ mit einem Kapital von 100 Millionen Dollar zur Gewährung langfristiger Kredite aus Ausland für Lebensmittel und Rohstoffe gegründet worden. An der Spitze steht der Direktor der Federal Reserve Board, Harding, ferner sind beteiligt Herbert Hoover und der Leiter der Standard Oil Co, Bedford.

London, 16. Febr. Reuter erfährt, in maßgebenden Kreisen Londons erwarte man die Einreichung der deutschen Gegenvorschläge so zeitig, daß sie von den Verbündeten vor der Eröffnung der Konferenz am 1. März geprüft werden können. (Die Prüfung soll also nicht im Beisein der deutschen Vertreter und Sachverständigen vorgenommen werden. Das Urteil darüber wird demnach auch schon vorher festgesetzt sein.)

London, 16. Febr. Der sozialistische „Daily Herald“ berichtet, die englischen Grubenbesitzer wolle Arbeitersperrungen vornehmen, um die Herabsetzung der Löhne entsprechend den gesunkenen Kohlenpreisen zu erzwingen.

Paris, 16. Febr. (Havas.) Ministerpräsident Briand überreichte dem tschechischen Minister Dr. Benesch gestern die Insignien des Großkreuzes der Ehrenlegion.

In Porto Rosa bei Triest wird am 15. März eine Konferenz der Nachbarstaaten Oesterreichs stattfinden.

Romno, 16. Febr. Die Lit. Tel.-Ag. meldet, der polnische General Seligonski in Wilna treffe Vorbereitungen zu einem neuen Angriff auf Litauen.

Die „aufgelösten“ Kriegsgesellschaften.

L. C. Die „Preiseschau“ schreibt: „Angeblich befinden wir uns in einer Zeit des Abbaues der Kriegsgesellschaften, die sich nach den Versicherungen ausländischer Stellen auf dem Wege der „Auflösung“ befinden. Nimmt man das allerneueste amtliche Verzeichnis der Reichsstellen zur Hand, so kommt man, wie die „D. Tagesztg.“ (43. 28. 1.) schreibt, über die Fälle der Reichsstellen, die sich aus der Kriegszeit in die neue Epoche hinüber gerettet haben. Es gibt da ein Kapitel mit der Ueberschrift: „Aus der Kriegs- und Uebergangswirtschaft hervorgegangene Behörden, Gesellschaften usw.“. Hier sind nicht weniger als 26 solcher „Behörden“ verzeichnet, die leben, blühen oder gedeihen, selbst wenn sie sich in „Liquidation“ befinden.

Im Reichstag gab es einmal eine erregte Aussprache über die Zweckmäßigkeit der „Reichs-Hadern-Altiengesellschaft“. Das hat ihr nicht geschadet. Sie besteht heute noch, und 14 Telefonapparate stehen ihr zur Verfügung. Wir haben immer noch eine Reichs-Kleidungsstelle, wenn auch in Abwidlung, eine Reichslederstelle, eine Reichsstelle für Schuhverfertigung, ferner eine Reichsschuhverfertigung G. m. b. H., Reichsstellen für Zement, für Textilwirtschaft, eine Zentralstelle für Petroleumverteilung, eine Mineralverfertigungsgesellschaft in Liquidation, eine Kriegsmetall-Altiengesellschaft in Liquidation, eine Reichswolle-Altiengesellschaft, eine Seidenverwertungsgesellschaft, eine Gutachterkommission für Schuhwarenpreise, eine Deutsche Federaltengesellschaft in Liquidation usw. usw. — Der deutsche Staatsbürger muß selbst zusehen, wie er zu Schuhen, Kleidern und anderen Lebensnotwendigkeiten kommt. Die „Reichsstellen“ aber, die einst im Kriege alle diese schönen Dinge „bewirtschaftet“ haben, scheinen bedeutend haltbarer zu sein, als die von ihnen einst gelieferten Produkte.

Dann klinkt sie in dämmernder Frühe die Treppe hinan, an Deck.
Oben — alles still. Nur das leise Rauschen der Schiffschrauben und das Plätschern der ausgewählten Meereswogen.
Tief atmet Gerda auf.
Gleich einem wunderbaren Rausch umfängt es das junge Geschöpf, das zum ersten Male dem Süden ins strahlende Antlitz schaut.
An die Reklung gelehnt, starrt sie wie hypnotisiert hinaus auf die Unendlichkeit des Meeres, wo in weiter Ferne Himmel und Wasser ineinanderfließen.
In selbiger Versunkenheit breitet sie beide Arme aus, als wolle sie die ganze zaubervolle Pracht ans Herz drücken.
Da — ein plötzlicher Windstoß —
Die weiße Keisermütze löst sich von dem goldblonden Gelock und tollert das Deck entlang.
Mit einem leisen Ausschrei eilt Gerda dem Flüchtling nach.
Doch er ist rascher als sie.
Jeh? segt er um die Ecke des Musiksalons.
Gerda ihm nach.
Und nun —
„O, Verzeihung!“
In blinden Eifer ist sie gegen einen Herrn gestoßen, der langsam dahergegähelnd kam.
Erschrocken hebt sie die Lider.
Die Blicke der beiden treffen sich, wobei es in den verschleierte Augen des Mannes seltsam aufzuckt.
Wie mit Blut übergossen wendet Gerda das Köpfchen zur Seite.
„Verzeihung!“ sammelt sie nochmals in höchster Verlegenheit.
Leichtes Lächeln zuckt um die härtigen Lippen des Mannes.
„Ich bin es, der um Verzeihung bitten muß, mein Fräulein,“ erwidert er auf Deutsch, mit etwas fremd-

Landtag.

Stuttgart, 16. Febr.

(48. Sitzung.) Beim Landtag eingegangen ist ein Antrag auf Straßverfolgung des Abg. Rapp (D.D.) wegen Betrugs. Nach Erledigung einiger kleiner Anträge, darunter einer entgegenkommend beantworteten Frage der Bürgerpartei wegen Abhilfe gegen den Mangel der Pensionäre gab es eine stundenlange Ausschnidung gegen die Landmilchzentrale und sonstige in den Etat des Arbeits- und Ernährungsministeriums fallende Fragen. Abg. Pflüger (S.) sagt, die Landesmilchzentrale sei neuerdings wieder gefährdet durch Eisenbahnstraf-

Abg. Körner (D.D.) lehnte sie völlig ab. Man solle das Geld für die Erzeugung ausgeben, nicht für die Erfassung und überhaupt die ganze Bewirtschaftung von Milch, Butter und Käse aufheben.

Abg. Farny (S.) rügte die falsche Preispolitik der Regierung. Die Versorgung der Städte sei in höchster Gefahr.

Abg. Gähling (S.): Bei Freigabe der Milch würde das Liter auf 4-5 Mk. kommen. Als er die Rechte beschuldigt, es wäre ihr gleich, wenn Tausende von Kindern zu Grunde gingen, gab es scharfe Zusammenstöße.

Arbeitsminister Dr. Schall sucht die Milchpreispolitik zu verteidigen und tritt für die Beibehaltung der Milchwirtschaft ein. Die Maschinen für die Landesmilchzentrale seien bereits bestellt. Wirtschaftliche Erwägungen, nicht politische mühten den Ausschlag geben.

Abg. Kinkel (U.S.P.) schob der kapitalistischen Wirtschaft die ganze Schuld zu.

Abg. Egelhaaf (D.Vp.) beantragte Einwirkung auf die Reichseisenbahnenverwaltung wegen Verbilligung des Milchtransports und forderte Freizügigkeit für den Kurverkehr.

Abg. Scheef (D.D.) bemühte sich um einen Ausgleich zwischen den Interessen von Stadt und Land und sprach sich für die Beibehaltung der Milchwirtschaft aus.

Abg. Müller (Komm.) verlangte Aufhebung der Zwangs-wirtschaft für die landwirtschaftliche Erzeugung, solange nicht auch die Industrieerzeugnisse unter Höchstpreise gestellt werden. Das Finanz- und Industriekapital sei eben mächtiger als das Agrarkapital.

Abg. Bazille (D.V.) stellt aus dem Protokoll fest, daß der Jurist Rapps schon im Mai 1920 abgelehnt wurde. Gähling habe den Vorwurf moralischer Verkommenheit einer ganzen Fraktion gegen besseres Wissen gemacht. Die Ernährungs-politik der Regierung treibe einer Katastrophe entgegen. In nationalen Fragen (nach links) haben sie etwas umgelehrt, aber erst, nachdem es zu spät war. So wird es auch in wirtschaftlichen Fragen sein.

Abg. Adorno (S.): Man sieht bei den Landwirten gar keine andere Möglichkeit der Besserung mehr, als daß der Gaul sich den Kopf vollends einrennt. Das gilt auch in der Milchfrage. Sie ist eine Preis- und Transportfrage. Die Katastrophe wäre schon längst eingetreten, wenn die Landwirte nicht in den Viehpreisen einen Ausgleich gefunden hätten. Die alleinige Rettung besteht darin, den Preis für frische Milch soweit heranzuliegen, daß die Verbüterung und Veräufung sich nicht mehr lohnt.

Württemberg.

Stuttgart, 16. Febr. (Das neue Besoldungs-gesetz.) In den letzten Tagen haben die Beamten-beiräte zu dem Entwurf eines neuen württ. Besoldungs-gesetzes in vertraulicher Weise Aeußerung abgegeben. Das Gesetz soll im März vom Landtag verabschiedet und so bald als möglich vom Finanzausschuß beraten werden.

Stuttgart, 16. Febr. (Amerikanischer Besuch.) Mit den amerikanischen Militärpersonen sind eine Anzahl amerikanischer Farmer-Söhne in Deutschland eingetroffen, die am Donnerstag Hohenheim und Stuttgart einen Besuch abstatten.

Stuttgart, 16. Febr. (Ermäßigte Fleischpreise.) Wie das Städt. Nachrichtenamt mitteilt, hat die Stuttgarter Fleischermittel mit Wirkung vom 16. Februar an die Fleischpreise wie folgt ermäßigt: Rindfleisch 13 Mk. für das Pfund, Kuhfleisch 8-10 Mk., Schweinefleisch 15 Mk., Kalbfleisch 13 Mk., Hammelfleisch 13 Mk. je für das Pfund.

Stuttgart, 16. Febr. (Absuchung der Gerichtssäle.) Wie in anderen Städten sind in letzter Zeit, wie die „Württ. Ztg.“ meldet, auch hier die von Zuhörern meist überfüllten Gerichtssäle durchsucht worden, wobei eine Anzahl Personen, die sich nicht ausweisen konnten, abgeführt wurden. Die Hörer sind wohl zumest der „Wärme“ nachgegangen, es sollen aber auch solche darunter sein, die aus den Verhandlungen „lernen“ wollten.

Fellbach, 16. Febr. (Am richtigen Platz.) Einige jugendliche Arbeiter, die bei Diebstählen beteiligt waren, sind nach dem „Fellb. Tagbl.“ nach der Vorunter-

ländischem Alzent. „Hier ist Ihr kleiner Ausreicher. Ich sino ihn auf.“
Schweigend nimmt Gerda die Mähe in Empfang, wobei sich die Hände der Beiden eine Sekunde lang berühren.
Dann will sie mit leichtem Kopfschmerz davonkicken. Doch der Herr bleibt an ihrer Seite.
„Sir Reginald Carlton —“ stellt er sich rasch mit tiefer Verbeugung vor. „Wir sind für die nächsten Wochen Reisefahrten, mein Fräulein. Darf ich mich Ihrem Morgenpaziergang auf Deck anschließen?“
Die Röte auf Gerdas Wangen vertieft sich.
„Sehr lebenswürdig, mein Herr! — Aber — ich muß hinunter zu meiner Freundin!“
Und mit ihrem reizendsten Grübchenlächeln huscht sie an ihm vorbei.
Wie bezaubert starren Sir Reginalds Augen der großsten Elfen Gestalt nach.
Wer mag dieses entzückende Geschöpf sein? — Und wie war es möglich, daß er dieses rosige, frühlingssrische Gesicht nicht gestern abend schon bemerkte? —
Bols brennendem Interesse wartet er auf den Gong, der zum Frühstück nach dem Speisesaal ruft. Er seht sich förmlich danach, das reizende Mädchen wiederzusehen. Und vor allem, ihren Namen zu erfahren.
Diese Sensation ist für Sir Reginald Carlton etwas ganz Neues.
Er ist im allgemeinen kein Freund des weiblichen Geschlechts. Gar manche Kezerei mußte er bereits in seiner Heimat über sich ergehen lassen ob seiner „Erschdigkeit“.
Woher auf einmal dies stürmische Herz klopfen beim ersten Anblick eines kleinen deutschen Mädchens?
Olivia Roberts ist nicht wenig erstaunt, als sie Sir Reginald bereits als einen der Ersten beim Frühstück vorfindet.

(Fortsetzung folgt.)



suchung „ausgerückt“, um sich für die Fremdenle-
gion anwerben zu lassen. Dort werden sie Gelegenheit
haben, ihre Sünden zehnmal zu büßen.

Heilbronn, 16. Febr. (Fahrraddieb.) Wegen
zahlreicher Fahrraddiebstähle erhielt der mehrfach vor-
bestrafte Gipser Alfred Pfeiffer 2 Jahre Zuchthaus
und 5 Jahre Ehrverlust, der Schlosser Thomas Kuhn
wegen Hehlerei 10 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehr-
verlust.

Stuttgart, 16. Febr. (Die Lohnforderungen
der Straßenbahner.) Vom Betriebspersonal der
Stuttgarter Straßenbahnen und der Eßlinger Stadt-
Straßenbahn (ausschließlich der Werkstättenarbeiter) war
beim Schlichtungsausschuß die Erhöhung der derzeitigen
Dienstbezüge um 300 Mark monatlich (unter Gewährung
einer Kinderzulage von 30 M. monatlich für jedes
Kind) eingereicht worden. Die monatlichen Bezüge der
verheirateten Schaffner und Fahrer hatten am 31. Oktober
v. J. 874 bis 930 M., die Bezüge der Ledigen 844
bis 900 M. betragen, ohne die freie Dienstkleidung usw.,
auf welche Höhe von der Direktion ab 1. November
eine monatliche Zulage von 30 M. für Verheiratete
und 25 M. für Ledige gewährt wurde. Der hiesige
Schlichtungsausschuß unter Vorsitz von Baurat Trion
machte nun den Parteien den Vorschlag einer Erhöhung
der derzeitigen Bezüge um 80 M. monatlich für alle
Bedienstete, sowie auf Gewährung einer Zulage von 30
Mark für jedes Kind. Die Straßenbahndirektion hat
den Vergleichsvorschlag abgelehnt, worauf ihn der Schlichtungsausschuß zum Schiedspruch erhob. Auch dieser ist
von der Straßenbahndirektion abgelehnt worden. Der
Deutsche Transportarbeiterverband hat den Schiedspruch
angenommen und dessen Verbindlichklärung beim
Demobilisierungskommissar beantragt.

Tübingen, 16. Febr. (Diamantenschwindel.)
Uhrmacher Robert Lehle aus Weisingen, der vor 1½
Jahren ein hiesiges Geschäft ankaupte, wurde von Gläu-
bigern bedrängt. 16 Brillanten einer Firma in Wei-
mar im Wert von etwa 120.000 M. hatte er kommis-
sionsweise zum Verkauf. Er sandte sie zum Schein in
einem Wertbrief von 120.000 M. zurück und nahm
zur Verpackung einen Zeugen, täuschte aber diesen und
praktizierte die Brillanten wieder aus der Sendung,
um die Post um die 120.000 M. zu bringen. Er leug-
nete hartnäckig, gab aber schließlich, als seine Frau ge-
ständig wurde, den Schwindel zu. Die Strafkammer
büßte ihm 6 Monate Gefängnis.

Tannhausen, O.N. Walssee, 16. Febr. (Auf freiem
Fuß.) Rößlermeister Gräber von hier, der wegen
Verdacht des Mords an seiner jungen Magd inhaftiert
war, ist auf freien Fuß gestellt worden, da die Unter-
suchung seine Schuld nicht erbringen ließ.

Mutmaßliches Wetter.

Der Luftwirbel im Nordwesten macht rasche Fort-
schritte und bringt den Hochdruck zur Auflösung. Am
Freitag und Samstag ist nachts kaltes Wetter zu erwarten.

Baden.

Karlsruhe, 16. Febr. Die Stadtverwaltung wird
versuchsweise in den nächsten Tagen kleinere Mengen
Magermilch aus der Schweiz einführen, die an
diesem Personen abgegeben wird, welche Vollmilch
nicht beziehen. Der Preis wird sich auf 2.80 Mark das
Liter stellen.

Mörsch (bei Karlsruhe), 16. Febr. Im Gemeindevorb
Mörsch wurde eine Eiche gefällt, die bisher eine Sehens-
würdigkeit der Umgegend war. Der Stamm mißt 10,31
Metrometer und vom Rest wurden noch 12 Ster Holz zu-
bereitet.

Pforzheim, 16. Febr. In einer hiesigen Edelmetall-
fabrik wurden etwa 15 Kilo Silberabfälle, 12 Kilo sil-
berne Halbfabrikate, sowie andere wertvolle Halbfabrikate
gestohlen.

Mannheim, 16. Febr. Einen bösen Verlust erleidet
eine Bauersfrau, die dieser Tage in einer hiesigen
Bank einen auf 5000 Mark lautenden Scheck vorlegte,
den sie von einem Käufer für ein Schwein und ein
Kalb erhalten hatte. Die Prüfung des Schecks ergab,
daß das Gut haben seines Ausstellers Null war.

Heidelberg, 16. Febr. Aus dem Geschäftsraum
einer hiesigen Eizergroßhandlung wurden 44.000 Mark
gestohlen.

Die Schwesern Groneberg in Stuttgart, Nichten
des verstorbenen Kunstmalers Hoppel, haben den städ-
tischen Sammlungen 20 gerahmte Ölgemälde von Karl
Hoppel und ein Ölgemälde von Berags: „Heidelberg in
Abendstimmung“, ferner Porzellan, Porzellan, Zeichnungen
usw., zusammen 105 Stk., geschenkt.

Eine sehr stark besetzte Versammlung der Eltern der
Schüler und Schülerinnen aller Mittelschulen Heidelbergs
nahm gegen eine verächtliche Minderheit eine Entschlie-
fung an, in der gegen die übertriebene Festlegung des
Schulbeginns auf Ostern Widerspruch erhoben wird.

Schönau i. B., 16. Febr. Bürgermeister Engelster,
der unter dem Verdacht des Meineids steht, wurde vorläufig
seines Amtes entbunden. Die beiden Ratschreiber
Kunz und Bühler wurden entlassen.

Oberkirch, 16. Febr. Ein in Oberkirch angefallener
Gerichtsschreiber-Gehilfe aus Schuttern wurde zwischen
Schutterzell und Schuttern überfallen. Zwei der Tat
verdächtige Burschen wurden verhaftet.

Vörsach, 16. Febr. Zur Beschaffung von Wohn-
boxen aus Herresbühlern hat der Gemeinderat über
1 Million Mark bereitgestellt. Ein Teil der Boxen
soll für städtische Büros und Geschäftszwecke Verwendung
finden, in fünf dieser Holzboxen will man etwa 20
Wohnungen einbauen.

Vörsach, 16. Febr. Die in der oberbadischen
Textilindustrie zur Zeit der Revolution tärlich
gesetzte 46 Stundenwoche ist von den Arbeit-
gebern auf Mitte Februar gekündigt worden. Die
Arbeiterchaft widerlegt sich dieser Kündigung und will

gemäß den von der Zentralleitung gegebenen Anweisungen
den Kampf aufnehmen. Die Arbeiterschaft fordert außer-
dem eine Lohnzulage von mindestens 33 Prozent auf
die geltenden Tarifsätze.

Szreibrurg, 16. Febr. Bei den Neuwahlen zum allge-
meinen Studentenausschuß erhielt der Hochschulring Deut-
scher Art (deutsch-völkischer) 24 Sitze, der Hochschulver-
band katholischer deutscher Studierender 14 Sitze, die
Freie Hochschulliste 4 Sitze, die Sozialistische Studenten-
gruppe und die deutschen Studierenden jüdischen Glau-
bens je 2 Sitze, die Chemikerschaft und nat. math. Fach-
schaft, sowie die Nationaljüdischen Studenten je einen
Sitz.

Vermischtes.

Moeb. Auf der Straße von Weilheim nach Vöhl (Ober-
bayern) wurde ein Personenkraftwagen gefunden, dessen beide
Insassen, Besitzer und Fahrer, erschossen waren.

In Landsberg a. Warthe (Brandenburg) wurde der Haupt-
mann Benckwitz aus Berlin, der in einer deutschen nationalen
Versammlung gesprochen hatte, auf dem Heimweg von Pom-
münnen überfallen und durch Messerschläge und Stöckschläge
schwer verletzt.

60 Prozent Dividende. Die Rechnungsergebnisse der Deut-
schen Petroleum A.G., die mit dem 31. Dezember 1920 ab-
schließen, zeigen eine Bilanzvermehrung um rund 15 Millionen
Mark auf insgesamt 68 Millionen Mark. Diese Beträge
sind im wesentlichen für Bauzwecke verbraucht worden. Die
Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1919-20 zeigt einen
Rohüberschuß von rund 57 Millionen Mk. Während die Ver-
waltung seit Gründung der Gesellschaft eine sehr zurückhaltende
Dividendenpolitik verfolgte, schlägt sie für das Jahr 1919-20
eine Dividende von 60 Prozent vor.

Der Sumpf.

Die Verhandlung gegen den Dichter Georg Kaiser und
seine Frau vor der Strafkammer des Landgerichts I in München
am 15. Februar eröffnete einen trüblichen Blick in die Welt der
modernen „Intellektuellen“. Das Ehepaar war der Unterschlagung
bzw. des Diebstahls angeklagt, wodurch sie sich rechts-
wändig 51.000 Mark angeeignet hatten. Kaiser war Kauf-
mann und hat sich „einem inneren Drang folgend“ der Schrift-
stellerlei zugewandt. Er lebte, wie es einem modernen Dichter
ziemt, und bewohnte eine Villa am Starnberger See. Im Krieg
verlegte er sich auf Spekulationsgeschäfte und er behauptet, er
habe dadurch 1916 sein und seiner Frau Vermögen verloren. Er
könne aber nicht „arbeiten“, wenn er nicht dazwischen liege und
da die Mittel nicht mehr vorhanden waren, veruntreute er
ihm anvertraute Gelder, obgleich er noch im Jahr 1919 von
seinem Verleger Kiepenheuer etwa 80.000 Mark ausbezahlt er-
hielt. Um der Not abzuhelfen, entwendete Frau Kaiser aus dem
Reisekoffer einer Bekannten Schmuckgegenstände usw. In der
Berichtsverhandlung wies der Vorsitzende den Dichter darauf
hin, daß er in der Voruntersuchung sagte, er hätte sogar seine
Kinder verkauft, um den notwendigen „Rahmen“ zum
Leben zu schaffen. Daraus erwiderte Kaiser mit theatralischer
Wärde: „Als ich dichterisch produktierte, ist mir keinen Augen-
blick der Gedanke gekommen, ich dürfe das nicht tun. Ich
habe seit einem Jahr eine „Spannung“ in mir, die in die-
ser Größe nie wieder für mich kommen wird. In dieser
geistigen Not gibt es keine Rücksicht; dann muß ich meine
Kinder schlachten können, wenn ich den großen Wahn
habe, der Welt etwas lehren zu wollen, was in
mir schlummert. Wir sind keine Kinder dieser Zeit. Ich bin
ein Ausnahmefall, auf den das Gesetz keine An-
wendung findet. Ich bin ein Gott außerhalb der Ge-
setze und allen Rechts. Die Pflicht gegen mich steht höher, als
die Pflicht gegen das Recht.“

Wenn ein solcher „Gott“ steht und unterschlägt, so ist das
nicht weiter verwunderlich, eher könnte man sich wundern, daß
Kaiser wegen wiederholter Unterschlagung mit 1 Jahr Gefängnis
dovorkam, wovon 4 Monate Untersuchungshaft abgehen und
außerdem 6 Monate als Bewährungsfrist bis zum Jahr
1924 gestundet und allenfalls auch nachgelassen werden, es sind
also 2 Monate abzuhängen. Frau Kaiser erhielt 4 Monate Ge-
fängnis, wovon 3 Monate als Bewährungsfrist bis 1924 ge-
währt werden, der vierte Monat gilt als verbüßt. Frau Kaiser
wurde demnach sofort auf freien Fuß gesetzt.

Es soll auch früher schon vorgekommen sein, daß Dichter und
Künstler in Not, wirkliche Not erlitten, die keine Kriegs-
gewinnpekulationen machten, keine Verlegerhonorare von 80.000
Mark bezogen und in keinen Villen wohnten. Wir erinnern
uns, dazwischen schon von einem gewissen Schiller, dem man
auch einige dichterische Begabung nachsagt, Kleist, Fontane, Bach,
Beethoven, Wagner usw. gelesen zu haben, aber nie hat man
vernommen, daß diese Männer eine Gottgleichheit für sich be-
anspruchten hätten, die sie berechtigt, Recht und Gesetz als für sie
nicht bestehend zu betrachten, den Eigentumsbegriff aufzuheben,
die eigenen Kinder zu verkaufen oder zu schlachten, um ein „be-
hagliches Leben“ zu führen. Wenn der Dichter nur um solchen
Preis zu „arbeiten“ versteht, dann ist seine Arbeit zu teuer
bezahlt, auch wenn seine „Werke“ um vieles besser wären als
das, was Kaiser bis jetzt geleistet hat.

Lokales.

— **Nationaltrauertag.** Die Reichsregierung wird
nach Fühlungnahme mit den beteiligten Kreisen, beson-
ders den kirchlichen Stellen, dem Reichsrat einen Ent-
wurf vorlegen, den 6. März als Nationaltrauertag für
die Gefallenen zu feiern. Das Gesetz bezieht sich nur
auf das Jahr 1921 und läßt die Frage der dauernden
Einführung eines Trauertags offen.

— **Der Josefstag kein gesetzlicher Feiertag.** Die
Zeitungsmeinung, daß der Josefstag heuer wieder als
kirchlicher Feiertag begangen werden soll und daß Vor-
bereitungen getroffen werden, diesen Tag zum gesetz-
lichen Feiertag zu erklären, entspricht, wie in der Mün-
chener Handelskammer berichtet wurde, nicht den Tatsachen.
Das bayerische Kultministerium wie das bayerische Han-
delsministerium haben erklärt, daß keine Absicht bestehe,
den Josefstag als gesetzlichen Feiertag wieder einzuführen.

— **Die neuen, erhöhten Eisenbahnfahrpreise,**
die übrigens auf den Nahverkehr keine Anwendung fin-
den, sollen mit dem 1. Juni in Kraft treten.

— **Das Geld sammeln durch Schüler.** Das preuß.
Kultministerium hat die Beteiligung von Schülern und
Schülerinnen an öffentlichen Geldsammlungen ferner-
hin verboten. Für besondere Fälle ist die Genehmigung
des Ministeriums einzuholen.

— **Umsatzsteuerpflicht der Vereine.** Umsatzsteuer-
pflichtig sind nicht nur geschäftliche Unternehmen, son-
dern auch die zahlreichen Vereine, die sich der Pflege
der Kunst, des Sports und der Gesellschaft widmen, wenn
sie bei ihren Veranstaltungen von ihren Mitgliedern
und sonstigen Teilnehmern Eintrittsgeld erheben. Neben
den Eintrittsgeldern unterliegen der Umsatzsteuer auch
sonstige Einnahmen, die dem Verein als Entgelt für
seine Leistungen und Veranstaltungen zuzuschießen, z. B.
Einnahmen aus dem Verkauf von Programmen, aus der

Aufbewahrung der Kleider, aus der Verabreichung von
Erfrischungen usw. Mitgliederbeiträge sind nicht um-
satzsteuerpflichtig.

— **Der Schmuggel blüht.** Von sachverständiger
Seite wird uns mitgeteilt, daß schätzungsweise jede dritte
Zigarette, die in Deutschland geraucht wird, geschmuggelt
ist. Wie der Schmuggel blüht, erfährt man daraus, daß
nach sachverständiger Ansicht heutzutage auf drei Grenz-
zollbeamte etwa 1000 Schmuggler kommen. Da ist es
kein Wunder, wenn immer neue Felle und Steuern
erfunden werden müssen.

— **Neberfluß an Dölmühlen.** Der Verband württ.
Dölmüller, Eß Dillingen, warnt vor der Errichtung
neuer Dölmühlen. Im Jahr 1918 gab es in Württem-
berg 90 Dölmühlen für Kundenmüllerei, in den letzten zwei
Jahren ist die Zahl auf rund 230 angewachsen. Die
Kundenmühlen haben nur 4 Monate durchschnittlich im
Jahr zu arbeiten, manche sind wegen der unerschwing-
lich großen Zahl der Betriebe gar nicht beschäftigt.
Dazu kommt die Konkurrenz der Großmühlen. Wer
dennoch eine neue Mühle aufstut, dem werden, wie der
Verband warnend sagt, Enttäuschungen und Verluste nicht
erspart bleiben.

— **Münzprägung.** Das Reichsfinanzministerium
wird beim Reichsrat die Ausprägung von weiteren 50
Millionen Mark in 5 Pfennig-Stücken beantragen.

Wie zwingt man Truthennen zur Brut?

Nicht mit Unrecht wird die Truthenne oft als „lebende
Brutmaschine“ bezeichnet, nicht nur deswegen, weil sie
mehrere Bruten nacheinander leistet, sondern auch, weil
man sie fast zu jeder Zeit zum Brüten zwingen kann.
Gerade letzteres ist von größter Bedeutung zur Erlangung
von Frühbruten. Zur Anschaffung einer Brutmaschine
reichen nicht immer die Mittel. Auch arbeitet eine
solche zur Aufzucht einer nur geringen Kükenzahl nicht
wirtschaftlich. Darum ist der kleine Züchter in der Re-
gel auf Naturbrut angewiesen. Für Frühbruten aber,
das einzige Mittel zur Sicherung der teuren Wintererier,
fehlen meistens rechtzeitig die Huden. Da tritt dann
die Pute als Helfer ein. Gerade in den Monaten Fe-
bruar-März, wo sie noch nicht dicht vor dem Legen
steht, läßt sie sich zur Brut zwingen. Ungeeignet zu
Zwangsbritten sind solche Puten, die nahe vor der Eier-
ablage stehen, in der Regel auch junge Tiere aus letzt-
jähriger Brut, da diese noch nicht voll entwickelt sind.
Auch wähle man nicht die allerschwersten Tiere, weil
solche, wenn sie auch einige Eier mehr verbrüten könn-
ten, meist recht unbeholfen und plumpe sind und in-
folgedessen nicht selten Eier und Küden zerdrücken. Mehr-
jährige, leichte bis mittelschwere Tiere sind für Zwangs-
bruten die geeignetsten.



Um eine Pute zwangsläufig brütig zu machen,
nimmt man einen Kasten, der in der Länge reichlich
so groß ist als die Pute selbst, aber so niedrig sein muß,
daß die Truthenne in demselben weder stehen noch hocken
kann. An der einen Schmalseite schneidet man eine
Öffnung, durch welche die Henne das davor gestellte Fut-
ter und Trinkwasser bequem erreichen kann. Oben oder
an der Seite bohrt man einige Löcher zwecks Lüftung.
Für das Nest wähle man einen Platz, wo die
Pute völlig ungestört ist, denn hier soll sie auch später
brüten, da manche Hennen recht eigen sind und das
Brutnest wieder verlassen, falls dieses an einem anderen
Ort hergerichtet ist. In das Nest legt man einige an-
gewärmte Porzellaneier, setzt die Pute darauf, stülpt
den Kasten darüber und beschwert diesen mit einigen
Steinen; vor die Kastenöffnung setzt man Futter- und
Trinkgefäß. Ferner lege man etwas Stroh. Ganz un-
gestört läßt man nun die Henne zweimal 24 Stunden
sizen. Dann nimmt man sie vom Nest und läßt sie eine
halbe Stunde freiausgehen, gibt ihr Gelegenheit zum Staub-
bad und reinigt unterdessen die beschmutzten Eier wieder
und setzt die Pute von neuem. Gewöhnlich schon nach
vier bis sechs Tagen stellt sich die Brutlust ein. Die
Pute zeigt das dadurch, daß sie die erreichbaren Strohhalm-
ins Nest hineinzuziehen sucht, auf dem Nest auch
nach Entfernung des Kastens sitzen bleibt bzw. dieses
von selbst wieder aufsucht. Dann kann man zur regel-
rechten Brut schreiben, indem man ihr nun die zu brü-
tenden Eier unterlegt.

Zeigt sich aber nach den erwähnten vier bis sechs Ta-
gen noch kein Bruttrieb, so ist weitere Nähe vorerst
vergeblich und wird nur zur Tierquälerei. Dann läßt
man das Tier wieder frei und wiederholt den Versuch
nach etwa 10-14 Tagen, wo dann meist der Erfolg
nicht ausbleibt, sofern nicht die Vegetätigkeit der Pute
unmittelbar bevorsteht.

Letzte Nachrichten.

Rede des Reichsministers Dr. Simons.

Karlsruhe, 16. Febr. Heute vormittag 10 Uhr
erhielten der Reichsminister Dr. Simons vor einer
zahlreichen Versammlung gesandter Gäste im Kleinen
Festsaal. Es waren zugegen die Minister, die
Landtagsabgeordneten, sowie Vertreter der Behörden,
von Handel, Industrie, Gewerbe, Beamtschaft, Arbeit-
gebern und Arbeitnehmern. Staatspräsident Trunk
eröffnete die Versammlung.

Der Reichsminister Dr. Simons führte dann u. a.
aus: In keinem Teil des Reichs werden die Folgen

stärker empfunden werden als hier, die eintreten würden, wenn wir den Pariser Forderungen nicht nachkommen. Die sogenannten Sanktionen, die Befestigung deutschen Gebiets, würden für Süddeutschland und insbesondere für Baden von äußerst schwerwiegender Bedeutung sein. Wichtig ist es ihm gewesen, zu erfahren, wie die Politik, die er im Reich vertritt, im badischen Volk Anklang finde. Das deutsche Volk wisse, daß es diesen Krieg als einen Verteidigungskrieg geführt habe. (Sehr richtig.)

Der Londoner Konferenz sehe er mit wenig Optimismus entgegen. Es sei möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß die Londoner Konferenz in ihrem ersten Versuch kein Ergebnis der Verständigung haben werde. Eine der peinlichsten Bestimmungen des Friedensvertrags sei, daß man dem deutschen Volk nicht gesagt habe, was man von ihm verlange. Wenn man uns jetzt Vorwürfe mache, daß wir nicht selbst Vorschläge gemacht haben, so müßten wir erwidern, daß die Unsicherheit bei uns zu groß gewesen sei, um Vorschläge machen zu können. Wenn jetzt die Vorschläge kämen, so könnten wir sie nur aus unserer Unsicherheit heraus machen. Um die verlangten Summen zahlen zu können, müßten wir zu einer Blüte kommen, die jene von 1913-14 bei weitem überschreite. Und dennoch sollen wir uns zu solchen Leistungen verpflichten. Das wäre Katastrophopolitik.

Zu dem wenigsten, was wir aus dem Zusammenbruch gerettet haben, gehört die Unversehrtheit des Reichsgedankens. Er wisse, es gebe kein Land in Deutschland, wo dieser Reichsgedanke lebendiger sei als in Baden. Die Reichsverfassung müsse verteidigt werden gegen alle Angriffe von innen und außen. Die Pariser Beschlüsse würden in ihren Folgen eine Vernichtung der deutschen Verfassung bedeuten. Die Pariser Beschlüsse laufen hinaus auf eine mögliche Zurückdrängung alles dessen, was sich das deutsche Volk auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiet erobert habe. Nehme man die Pariser Beschlüsse nicht an, so treten die Sanktionen in Kraft, die auf eine Trennung des deutschen Reichs hinauslaufen.

Reichsminister Dr. Simons empfing heute vormittag die Vertreter der Landespresse zu einer Aussprache. Der Minister versicherte, er werde dafür sorgen, daß die Vertreter der Presse von dem Gang der Londoner Konferenz stets auf dem Laufenden gehalten werden. Wir werden, sagte er, nicht nach London gehen, wenn die Verbindung zwischen London und Berlin während der Konferenz nicht vollkommen gesichert ist. Eine Behandlung, wie wir sie in Spa erfahren mußten, können wir uns nicht gefallen lassen. Ein unmittelbar unter unserer Leitung stehender Draht muß gesichert werden.

Stockholm, 16. Febr. Die sozialistische Partei hat die Verantwortlichkeit für die Regierung nicht übernehmen wollen. Branting hat daher dem König erklärt, daß er die Kabinettsbildung nicht übernehmen könne. Der König beauftragte den früheren Ministerpräsidenten Admiral Lindman, die neue Regierung zu bilden.

Paris, 16. Febr. Einem Vertreter des „Journal“ gegenüber erklärte Dr. Beneš, er sei nach Rom und Paris gekommen, um sich mit den Verbündeten über die Möglichkeiten zu verständigen, Oesterreich zu Hilfe zu kommen.

Wien, 16. Febr. In einem Vorstadthotel wurde der aus Berlin kommende Kommunist Aron Baral aus Galizien mit seiner Frau wegen verdächtigen Besitzes von 4 Millionen polnischer Mark und 1 Million österreichischer Kronen verhaftet.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 17. Febr.

Ergebnis des Streites um die Kurtaxe zwischen Stadtverwaltung und Badverwaltung. Die Stadtverwaltung Wildbad hat bekanntlich im letzten Jahre der Badverwaltung das Recht strittig gemacht, von sich aus eine Kurtaxe zu erheben und hat hiewegen eine Beschwerde beim Verwaltungsgericht anhängig gemacht. Dieser hat nunmehr in seinem Urteil vom 2. Febr. 1921 diese Rechtsbeschwerde der Stadtgemeinde Wildbad als unzulässig zurückgewiesen unter Ansetzung einer von der Stadtgemeinde zu entrichtenden Gerichtsportal von 600 Mk. Die Kurtaxe, welche die Badverwaltung schon seit Jahrzehnten unbestritten von der Stadtverwaltung für Benützung ihrer Einrichtungen, wie Anlagen, Kurhaus, Lesezimmer, und für ihre Leistungen für die Kurgäste, wie Konzerte, Tanzunterhaltungen, Theater usw. als privatwirtschaftliches Entgelt erhoben hat, und entsprechend der Steigerung des Aufwandes für diese Einrichtungen und Leistungen ausbauen mußte, kann nach den Urteilsgründen des obersten Verwaltungsgerichts von der Stadtverwaltung in keiner Weise strittig gemacht werden. Die Ansetzung, Erhebung und Verwendung dieser Kurtaxe steht, nach wie vor, unantastbar der Badverwaltung zu.

Stuttgarter Börsebericht

vom 16. Februar 1921, mitgeteilt von der Direktion der Diskontogesellschaft, Zweigstelle Wildbad (vorm. Stahl & Federer A.-G.)

Die Unsicherheit und Zurückhaltung hält weiter an. Bei lustlosem Verkehr und kleinem Geschäft verkehrte die heutige Börse in etwas erholteter Tendenz. Vor Bankaktien waren Notenbank 1 % (246) höher gesucht. Fester waren auch Spinnerei- und Textilwerte, von denen Erlanger 5 % (375), Bietigheim 8 % (400), Giengenfilz

5 % (345) und Baumwollspinnerei Ehlingen 4 % (465) anziehen konnten, wogegen Ruchen 1 % (295) und Württ. Cattun 14 % (410) nachgeben mußten. Brauereiaktien waren ruhig und wenig verändert. Auch Maschinenaktien konnten etwas anziehen. Ehlinger 4 % (294) und Heiser 4 % (309). Von den übrigen Industrieaktien wurden Daimler 4 % (254), Matth. Hohner 5 % (390 G), Jungmans 3 % (274), Stuttgarter Zucker 2 % (330) und Württ. Metall 2 % (457) höher umgefest. Sehr ruhig war der Freiverkehr. Es wurden genannt: Nedarfulmer gesucht 375 a 376, Brauerei Neff 100 1/2, Benz 227 G, 230 B, Espagit 25 G, Geislinger Maschinen 105 G, Germania Linoleum 215 gesucht, Heilbronner Zucker 323 G, Kaiser Otto 180 G, 182 B, Knorr 250 G, 258 B, Krumm 180 G, 185 B, Marswerke 150 B, Ostertagwerke 190 G, Kraftwerk Altwürttemberg 170 G, 177 B, Weizenhof 128 G. Junge Anton Lamberts Chr. Sohn waren bei 230 angeboten.

Auszug

aus dem Standesamts-Register der Stadt Wildbad.

Geburten:

1. Jan. Erna Marie, B. Heinrich Stürner, Schlosser.
3. - Eugen Willy Otto, B. Wilh. Hahn, Oberkellner.
11. - Anna Margarethe, B. Karl Kold, Kutscher.
14. - Hedwig Helene, B. Rudolf Keller, Holzhauer.
15. - Fritz Friedrich, B. Friedrich Berger, Tagelöhner.
17. - Ulrike Elisabeth, B. Otto Nietschmann, Musiker.
20. - Gretel Elise, B. Franz Hermann, Hausdiener.
21. - Maria, B. Karl Bott, Tagelöhner.
27. - Otto Wilh. Gustav, B. Karl Köfler, Eisenbahnschaffner.
27. - Sofie Fanny, B. Job. Köflinger, Holzhauer.

Eheschließungen:

14. Jan. Karl Philipp Eitel, Maurer und Marie Wilhelmine Eitel, geb. Proß.
15. Jan. Alfons Edmund Traug und Anna Mathilde Traug, geb. Schmid.
22. Jan. Wilhelm Adolf Heinrich Schrapp und Emma Pauline Schrapp, geb. Hascher.
29. Jan. Gustav Hermann Pfau und Dora Pfau, geb. Nieginger.

Sterbefälle:

6. Jan. Philipp Fr. Gaus, Holzhauer, Sprollenhans, 55 J. alt.
23. Jan. Wilhelm Pfau, Schneider aus Köln a. Rh., 60 J. alt.
27. Jan. Karl Hermann Krauß, Räder, 67 J. alt.
28. Jan. Christine Philippine Heib, geb. Treiber, 75 J. alt.

Sommerproffen — weg!

Leidensgefährten teils unentgeltlich mit auf welche einfache Weise ich meine Sommerproffen gänzlich beseitige.

Frau Elisabeth Ehlich, Frankfurt a. M., 33a, Schleifach 47.

Bekanntmachung.

Am Montag, den 21. Februar 1921 wird auf dem hiesigen Rathhause von dem Herrn Bezirksgeometer die in § 16 der Min.-Verf. vom 1. September 1899, betreffend die Erhaltung und Fortführung der Flurkarten und des Primärkatasters, vorgeschriebene

Fortführungstagfahrt

abgehalten.

Die hiesigen Grund- und Gebäudeeigentümer werden hiedon mit dem Anfügen in Kenntnis gesetzt, daß sie aus diesem Anlaß etwaige Wünsche und Bedenken hinsichtlich der Katastrierung ihres Grund- und Gebäudeeigentums dem Herrn Bezirksgeometer vortragen können.

Wildbad, den 16. Februar 1921.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Bewerber-Aufruf.

Die Stelle eines Fortwirts für den Stadtwald Regental und Wanne ist neu zu besetzen. Bewerber wollen sich unter Vorlage einer selbstgeschriebenen Bewerbung mit Zeugnissen binnen 1 Woche hier melden.

Wildbad, den 17. Februar 1921.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Zahlungs-Aufforderung.

Die noch rückständigen Steuern, elektrische Rechnungen und sonstige Abgaben für die Rechnungsjahre 1918 und 1919 sind innerhalb 14 Tagen zu entrichten.

Gegen den weiterhin säumigen Steuerschuldner müßte das Zwangsvollstreckungsverfahren eingeleitet und durchgeführt werden.

Wildbad, den 15. Februar 1921.

Stadtpflege.



Geflügel- u. Kaninchen-Züchterverein Wildbad.

Freitag, den 18. Februar 1921 abends 8 Uhr findet im Gasthaus zur „Silberburg“

eine Ausschuß-Sitzung

statt, betr. Anträge zur Gau-General-Versammlung.

Erscheinen dringend notwendig.

Der Vorstand.

Drucksachen

aller Art, in jeder Ausführung, ein- und mehrfarbig, liefert rasch die

Druckerei Wildbader Tagblatt.

Schuhhaus Wilh. Treiber, Wildbad.



bekannte Marke

MERCEDES

Wenn Du elegantes Schuhwerk haben willst — So denk nur an die Liberal!

Nur  einmal

müßte ich Sie persönl. sprechen, um Ihnen zu beweisen, daß ich das Richtige für Sie gegen Kegelstörung habe. Lassen Sie sich von mir, einer erfahrenen Frau, sofort eine Sendung per Nachnahme kommen. Wenn ohne Erfolg, Geld zurück. Tagl. freiwilige herzl. Danksagungen.

Frau Paula Dombrowski
A. 632, BERLIN SW. 11,
Schönebergerstr. 6.

Zu verkaufen:

Ein schwarzes Konfirmandenkleid, sowie eine schöne neue Sporthose.

Digastraße 7.

Mädchen,

16—17 Jahre alt, zu Kinder- und für den Haushalt zum 1. April gesucht.

Wilhelm Treiber, Schuhmachermstr.

Frisch eingetroffen

Cabliau,
Pfund 5.50 Mk.

empfehlen
Pfannkuch u. Cie.

Heute und folgende Tage ist prima Qualität junges fettes

Ruhfleisch,

trotz Mastochsenfleisch, da Pfund 12 Mark, zu haben bei

Karl Krauß,
Wilhelmstraße 5a

Wurst und Bücklinge eingetroffen.
Consumverein.

Prima Most

hat im Ausschank,
B. Würz, zur Eintracht

Kunsthonig,

per Paket 4.70 Mk.,
ist wieder zu haben in
Grossmanns-Diätetassengesellschaft

